

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. Arnold, Dresden.

Verlagsamt: Leipzig.
Nr. 20613.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Spargelohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen jährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 22. 7. 10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferstr. 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettendorferstr. 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltigen Zeilen mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 277.

Dresden, Donnerstag den 28. November 1918.

29. Jahrg.

Die Gefahren für Deutschlands Einheit.

Die Parteileitung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands veröffentlicht einen Aufruf, der sich mit der Frage der konstituierenden Nationalversammlung befaßt. Ein heißt es u. a.:

Von einer konstituierenden Versammlung kann erst die Rede sein, wenn es feststeht, daß die Bevölkerung auf Grund des Waffenstillstands besetzten Gebiete frei und ungehindert wählen kann. Da wird es jemand wagen, diesen das Wahlrecht zu entziehen? Es dürfen bei einem solch wichtigen Akt nicht infolge Ueberstürzung Wahlberechtigte unreguliert wählen. Eine Wahl hat nur dann Wert, wenn die Wähler auch über die ihr zugrundeliegenden politischen Fragen aufgeklärt werden. Die Sozialdemokraten im Lande wissen sehr gut, daß die Wahlen, wenn sie nicht zur Kammbie gemacht werden soll, nicht in Kürze frei vorgenommen werden kann. Die Reichssozialisten sind sich schuld an diesem Verbrechen der Sozialdemokraten, wenn sie in der Erklärung der Arbeiterfreunde nach sofortiger Konstituante einstimmen.

Die Herrschaften von der unabhängigen Partei treiben ihren Widerstand gegen die sofortige Einberufung der Nationalversammlung ein für das deutsche Volk gefährliches Spiel, das nicht weniger schlimm ist als das, das Ludendorff und Konsorten lange Jahre hindurch mit dem deutschen Volke gespielt haben. Wer nicht Scheuklappen vor den Augen hat, muß einsehen, wie ungeheuer viel für das deutsche Volk auf dem Spiele steht, und daß es geradezu ein Verbrechen des deutschen Volkes wäre, wenn man die Einberufung der Nationalversammlung verzögerte. Die Entente hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß es keine Frieden und kein Brot gibt, wenn in Deutschland nicht klare und gezielte Verhältnisse geschaffen werden, und das kann nur geschehen, wenn die Nationalversammlung so bald wie möglich zusammentritt. Außerdem ist die Einheit Deutschlands in Gefahr. Wir wissen heute befürchten, daß Deutschland in seine Bestandteile zerfallen wird und wie in vergangene Jahrhunderte in einem kleinen hilflosen Kleinstaat wird. Wie der neue Garant meldet, arbeitet die Entente bereits an einem Sonderbund mit den südlichen und rheinischen Gebietsteilen Deutschlands.

Während vor dem Kriege wohl jeder Deutsche den Gedanken an eine Zerklüftung des einheitlichen Deutschlands mit Entrüstung zurückgewiesen hätte, scheint jetzt in manchen Kreisen unseres Landes starke Neigung zu einer Absonderung zu sein. Man könnte es niemand verdenken, wenn hier eine Parteilinie Deutschlands leben, als sich einer schicksalhaften Verdrängung fügen wollte. Zudem ist die Entente mit ihren Forderungen bereits an der Arbeit. Wie das Münchener Post Vaterland meldet, sollen den Rheinländern den Fall einer Absonderung Vorteile, wie gute Handelsbeziehungen, teilweise oder ganze Erlassung der Kriegsschulden, sofortige und reichliche Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen, angeboten werden.

Die Forderungen, die gegen eine baldige Zusammenberufung der Nationalversammlung erhoben werden, sind leere Redereien. Selbst wenn sich die Wahl nicht so korrekt vollziehen könnte, wie wir es wünschen, selbst wenn hier oder da durch die herrschenden Schwierigkeiten es dem einen oder dem anderen Wähler unmöglich sein sollte, sein Wahlrecht auszuüben, so wäre das lange für das deutsche Volk kein so großes Unglück, als wenn nach viele Monate ins Land gehen, ohne daß wir eine Aderpflanzung besitzen, in der der Wille der Massen des deutschen Volkes zum Ausdruck kommt.

Aber die Leute von der unabhängigen Partei haben nicht den Mut und nicht Einsicht genug, mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit gegen den bolschewistischen Wahnwitz, der durch das Land geht, den Kampf aufzunehmen. Statt immer wieder und immer wieder darauf hinzuweisen, welche Gefahren dem deutschen Volke drohen, wenn wir nicht bald geordnete Verhältnisse bekommen, liebäugeln sie mit dem Bolschewismus. Und wenn sie auch nicht mehr wagen, sich die sogenannten Kommunisten gegen die Nationalversammlung zu wenden, so suchen sie doch den Termin ihres Zusammentritts möglichst weit hinauszuschieben. Man kann im Interesse des deutschen Volkes nur wünschen, daß die Entscheidung über die gemeindefürlichen Quartierverordnungen dieser Herren zur Tagesordnung übergeht. Die Politik dieser Leute ist geeignet, das deutsche Volk in einen Abgrund des Ruins und der Glend zu führen, aus dem es keinen Ausweg mehr gibt.

Ein neuer Rheinbund?

Das, 27. November. Der Rhein-Courant schreibt: Die Entente arbeitet bereits an einem Sonderbunde aus den südlichen und rheinischen Gebietsteilen Deutschlands. Wenn Berlin diesem Sonderbund nicht Ablehnung erteilt, würde man bald vor unüberwindlichen Ereignissen stehen. Aus der letzten Note Ludendorffs kann man entnehmen, daß eine Forderung bolschewistischer Grundzüge nur die Erlösung des Glend in deutschen Volk beitragen kann.

Das, 27. November. Der Sonderbund schreibt: Das neue Deutschland muß gleichzeitig drei Gefahren, der bolschewistischen Erdrückung, der Hungernot und der staatlichen Zersplitterung die Stirn bieten. Ueber die Gefahr des Zerfalls des Deutschen Reichs schreibt das Blatt: Aus verschiedenen Anzeichen ist zu ersehen, daß die Feinde Deutschlands, besonders Frankreich, auf die Absonderung deutscher Landesteile vom Staatsganzen hinarbeiten. Es wird die Lösung ausgegeben, daß Europa vor einem neuen Kriege, den ein erkranktes deutsches Reich befehlen könnte, bewahrt werden müsse. In dieser Richtung werde vorgearbeitet. Es werden dem Rheinlande für den Fall seiner Absonderung Vorteile angeboten werden, wie die Handelsbeziehungen mit Frankreich, teilweise oder ganze Befreiung von der Zahlung der Kriegsschulden, sofortige reichliche Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen für die Industrie. Wenn diese für die Wirtschaftsbereitschaft im Rheinlande systematisch und geschickt durchgeführt werde, könnte sie überraschende Resultate ergeben.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in der Öffentlichkeit.

Nachdem der Dresdner Arbeiter- und Soldatenrat durch die glänzend verlaufenen Neuwahlen aus dem Provinzratium herausgetreten ist, hat er seine Beratungen in der Öffentlichkeit gerückt. Obwohl das gestern bei der ersten öffentlichen Sitzung noch nicht genügend bekannt sein konnte, waren die Tribünen zum Brechen gefüllt — ein Zeichen dafür, mit welchem Interesse und mit welchen Hoffnungen seine Verhandlungen von der Bevölkerung verfolgt werden. Freilich spielt auch der Reiz des Neuen stark mit, doch dürfte dieser wohl kaum lange nachhalten, wenn schon in den kommenden Sitzungen die nüchternen Beratungen über praktische Fragen die Lage beherrschen werden. Gestern freilich ging es recht lebhaft her, wozu die Gegensätze zwischen den beiden Richtungen und etwas auch die Radikalität der Wahlen den Anlaß gaben.

Auf den Blättern, wo seither die Landtagsabgeordneten gelesen haben, hatten die Vertreter der Arbeiter und Soldaten vollständig Platz genommen. Nach den Wahlen des Provinzratium wurde ein Wahlprotest durch Einlegung eines Prüfungsantrages erledigt und dadurch ein Verlust der übrigen gebildeten drei Unabhängigen vereitelt, die seit durch Vorbringen ihrer Wahlprüfungen unnütz in Anspruch zu nehmen.

Danach gab Genosse Gradnauer als Volksbeauftragter für Justiz einen Bericht über die Haltung der Regierung zur Einberufung des Landesparlamentarats, wobei zum Ausdruck kam, daß Leipzig nur durch Unabhängige, Dresden nach der verhältnismäßigen Stärke der beiden Gruppen und die übrigen drei Kreise paritätisch vertreten sein sollten. Man merkte hier das Bestreben der Unabhängigen heraus, sich auf beide Weise noch eine — berechnete Mehrheit im Landesparlament zu sichern. Damit hat sich die sozialdemokratische Gruppe nicht einverstanden erklären können; sie fordert grundsätzlich die Verhältniswahl für alle Kreise, hatte aber, um einen baldigen Zusammentritt der Landeszentrale zu ermöglichen, den Vermittlungsvorschlag gemacht, die Vertretung in der bisherigen Weise für eine provisorische Tagung bestehen zu lassen, den überhaupt noch nicht vertretenen Kreis Bautzen aber freizustellen, die ihm zustehenden Vertreter nach freiem Ermessen zu wählen. Das war angesichts der Sachlage, besonders des Wahlausfalls in Dresden, ein weites Entgegenkommen, das nur allem einen Zusammentritt der Landeszentrale zu dem vorgegebenen Zeitpunkt ermöglicht hätte.

Damit war aber der Volksbeauftragte Lipinski nicht einverstanden; er erklärte vielmehr, der Landesrat werde dann unter Kompetenzstreit wieder ergebnislos auseinandergehen. Das kann doch nur so verstanden werden: Lipinski, der übrigens gestern nicht wie ein Volksbeauftragter, sondern wie ein unabhängiger Gruppenleiter sprach, beklagt, daß eine ihm und den Unabhängigen nicht genehme Mehrheit zustande kommen könne, wenn Bautzen nicht gezwungen werde, wenigstens zwei Unabhängige zu entsenden, und für diesen Fall wollen die Unabhängigen die Landbesetzung nach bekanntem Vorbild wieder sprengen. Lipinski scheint auch damit zu rechnen, daß den Unabhängigen die Dringlichkeit der Aufgaben und die damit verbundenen Gefahren für die Revolution ganz gleich sind, wenn sie nicht ihren Willen mit künstlich aufrechterhaltenen Mehrheiten durchsetzen können. Ob er ein solch terroristisches Treiben selbst billigen würde, darüber ließ er sich zwar nicht direkt aus, seine ganzen Ausführungen waren aber so gehalten, daß dieser Schluß nahe liegt. Denn er war bemüht, statt des Einigen zu betonen, die Gegenstände nicht nur in übertriebener Weise zu enthüllen, sondern sie auch noch mehr zu verhäufeln als es nach der Sachlage berechtigt war.

Es behagte den unabhängigen Vertretern in der Regierung natürlich wenig, daß die Genossen Ullrich und Ritsche in diesem Punkte der Frage die Schelle umhängten; ihre Enttäuschung, besonders die des Volksbeauftragten Meyer, war aber merkwürdiger Art; er entrüstete sich des langen und breiten darüber, daß die unabhängigen Winkelzüge zum Zwecke der Erreichung einer Mehrheit, die ihnen gar nicht zukommt, mit einem starken Worte gekennzeichnet worden waren, um alsbald mit unklaren Ausdrücken unangenehm persönlich zu werden, doch war er in der Sache bereit einzulassen. So schärft die Debatte war, so löst sie doch die Hoffnung auf eine Verständigung auf der Basis des sozialdemokratischen Vorschlags aufkommen. Doch wären alle die Mühen nicht nötig, wenn nicht die letzte Landeszentrale am Eigenfinn der Unabhängigen gescheitert wäre.

Mit der Annahme einer Erklärung für eine allgütige Einberufung einer Nationalversammlung im Rheinlande, die trotz der Gegenrede Meyers mit großer Mehrheit erfolgte, nachdem der Volksbeauftragte Dr. Gradnauer wirkungsvoll dafür eingetreten war, klagen die Verhandlungen auf. Bei der Abstimmung darüber zeigte sich, daß die Unabhängigen einschließlich der Soldatenvertreter über ganze 11 Stimmen verfügen; während früher die sozialdemokratische Mehrheit nur etwa 10 Stimmen betrug, ist sie jetzt auf 85 bis 90 angewachsen. So hat sich das Bild seit den letzten Wahlen zu den Soldaten- und Arbeiterparlamenten geändert.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands

Berlin, 27. November. Die heutige Tagung der Groß-Berliner Arbeiterräte beschäftigte sich mit den wirtschaftlichen Fragen innerhalb der Betriebe und der Stellung der Unternehmer. Der Volksbeauftragte Barth sprach sich in seinem Bericht mit rückhaltloser Offenheit und Deutlichkeit über die wirtschaftliche Lage aus und sagte u. a.: Wenn es so weitergeht, wie es in den letzten Wochen gegangen ist, sind wir mit unfremdem Paten zu Ende. Das Kriegsernährungsamt hat förmlich eine Panzerrollen getrieben. Nach Schluß der Tagung ist es auf dem Gebiete der Wirtschaft. Die

Rohstoffförderung

ist in den letzten vier Wochen auf weniger als den dritten Teil des Friedensstandes heruntergegangen. Trotzdem wurde in Oberschlesien gestreift. Ebenso schlimm ist es in der Transportfrage. Es müssen Transportmittel mit Anspannung aller Kräfte hergestellt werden. Heute fällt auch die Entscheidung über die Madajsen-Armee. Voraussichtlich wird der größte Teil von ihr den Heimweg im Fuhrmarsch zurücklegen. Sieben bis acht Millionen Menschen schreien in den Produktionsprozess zurück.

Neben dem Fehlen müssen wir

Arbeit und Brot

bringen, sonst können wir uns nicht behaupten. Zur Durchführung der Sozialisierung genügt ein organisiert und klar durchdachter Plan. Wenn jetzt einzelne Erwerbsgruppen ohne Rücksicht auf andere vorgehen, so richtet sich der Kampf nicht nur gegen den Kapitalismus, sondern gegen die sozialistische Republik.

Genau so wie wir von der Arbeiterschaft ein organisiertes Einschwenken im Interesse des Sozialismus verlangen, verlangen wir auch ein reißendes Einschwenken der Unternehmer, ohne Rücksicht auf den eigenen Nutzen. Wenn uns Sabotage der Unternehmer nachgewiesen wird, so werden wir mit der Entziehung des Eigentums antworten. Wenn das Rohmaterial zweckmäßig verarbeitet wird, können für die erforderlichen Transportmittel sofort Hunderttausende beschäftigt werden. Auf dem Lande müssen die Mittergüter sozialisiert werden. Dazu brauchen wir Wohnungsbau auf dem Lande und wirtschaftliche Maschinen. Alle diese Probleme können nur durch Rohle, Nahrungsmittel und bei voller Disziplin der Arbeiterschaft bewältigt werden.

Wenn die Revolution nur eine große Lohnbewegung gewesen sein soll, dann ist die Sache zu Ende. (Beifällige Zustimmung.)

Wenn wir in den nächsten Monaten nicht die erforderlichen Nahrungsmittel bekommen, wird Deutschland bis zur nächsten Ernte durch Hungertypus verdrückt sein.

Deutschland braucht Rohstoffe und kann sie nur erhalten, durch sofortigen Abschluß des Präliminarfriedens. Alle Arbeiter müssen sich jetzt der Notwendigkeit fügen. Schon ist die Gegenseite am Werke, um der Revolution den Garaus zu machen. Darum müssen wir geschlossen und einträchtig handeln. Wir